

## Editorial



"Fortschritt und Entwicklung" wurden lange Zeit fast völlig gleichgesetzt mit dem Aufbau einer breiten industriellen Infrastruktur und dem Einsatz modernster Großtechnologie. Dies sollte die materielle Grundlage für eine soziale und politische Demokratisierung gerade der Gesellschaften in den ehemaligen Kolonialgebieten schaffen - so dachten in den sechziger und frühen siebziger Jahren nicht nur die technokratischen Eliten in aller Welt, sondern auch viele Aktivisten der Befreiungs- und Widerstandsbewegungen. Erst im letzten Jahrzehnt hat die Debatte über die ganze Problematik solcher "Modernisierungsstrategien" intensiver begonnen. Soziale und ökologische Folgen großindustrieller Produktion gerieten in den Brennpunkt der Kritik, auch die ökonomische Effektivität zahlreicher Großprojekte erwies sich als Mythos.

Gerade für die ASEAN-Staaten haben diese Auseinandersetzungen besondere Bedeutung, galten doch die "südostasiatischen Schwellenländer" noch zu Beginn der achtziger Jahre häufig als erfolgreiche Modelle eines "westlichen" Industrialisierungsweges für die Dritte Welt.

Die Redaktion begann gerade mit den Vorbereitungen dieser Schwerpunktnummer zum Thema "Ökologie und Industrialisierung", als auch uns die Schreckensnachricht der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl erschütterte.

Die neuesten Meßwerte der Radioaktivität in West- und Osteuropa - besonders natürlich in unserer Bochumer Umgebung - wurden zum täglichen Gesprächsstoff in der Infostelle.

So außergewöhnlich die Strahlenbelastung auch war, vor etwas mehr als zwanzig Jahren hatte sie - so eine Presseauskunft des Kölner Gesundheitsamtes - "ein Vielfaches der jetzt ermittelten Meßwerte" betragen. Damals waren die überirdischen Atomversuche im Pazifik auf einem Höhepunkt. 1963, nach ihrer Einstellung sanken z.B. die Luftwerte in der BRD um 74%. Von

Tschernobyl sind wir "nur" 2000 km entfernt, von den pazifischen Testgeländen mehr als 20.000 km. Das grauenvolle Ausmaß der nuklearen Verseuchung des Südpazifik durch die mehr als siebzig überirdischen Atomtests bleibt trotz solcher Vergleichsgrößen für uns kaum faßbar.

In der Zeit, als die radioaktive Wolke aus der Ukraine über Europa zog, machte Frankreich auf Mururoa zwei neue unterirdische Bombentests, insgesamt damit 1986 schon vier. Über nennenswerte Proteste dagegen ist uns nichts bekannt geworden. Die Auslagerung des brisantesten Teils seines Atomprogramms aus Europa hat sich in dieser Hinsicht für Frankreich schon wieder einmal "gelohnt".

Wie lange wird diese Art der "internationalen Arbeitsteilung" noch florieren?

Eine bemerkenswerte zynische Reaktion auf die sowjetische Reaktorkatastrophe ist aus Indonesien zu berichten. Umweltminister Salim sieht darin einen "Segen für die Tourismusindustrie" seines Landes, weil er nun viele Reisende aus dem verseuchten Europa erwartet.

Auf den Philippinen hat der Schock von Tschernobyl dagegen eine positive Wirkung gehabt. Unter dem Eindruck des sowjetischen Reaktorunglücks beschloß das Kabinett Aquino, den betriebsbereiten 630 MW-Atommeiler auf der Bataan-Halbinsel bei Manila, Südostasiens ersten Großreaktor, für vorerst sechs Monate "einzumotten". Die Möglichkeit einer Verschrottung soll gründlich geprüft werden. Mit den Hintergründen dieser aktuellen Debatte über den "Ausstieg vor dem Einstieg" in die Kernenergie befaßt sich ein Artikel von Frithjof Schmidt.

Aber natürlich ist die Kernenergie-diskussion nur ein Neben aspekt der großen politischen Veränderungen, die in den letzten Monaten auf den Philippinen stattfinden. Was passiert dort wirklich und welche Bedeutung hat es für die Kämpfe um Emanzipation in der Dritten Welt und bei uns? Walter Aschmoneit stellt einige grundsätzliche Überlegungen zum "philippinischen Februar" an.

In der philippinischen Linken hat offenkundig eine Strategiedebatte begonnen, die ihren Ausgang von sehr unterschiedlichen Einschätzungen über die Möglichkeiten, die die Aquino-Regierung bietet, nimmt. Leider haben wir bisher noch keinen Autor gefunden, der diese Debatte einmal ausführlicher darstellt und analysiert. Wir werden uns darum nun für die nächste Nummer bemühen.

Doch zurück zu unserem Schwerpunktthema. "Vorbildlich" für alle Industrienationen scheint wieder einmal Japan zu sein. Planmäßig ist man dort in den letzten fünfzehn Jahren darangegangen, besonders umweltbelastende Industrien einfach aus dem Land auszulagern. Vor allem sehr giftige, chemische oder metallverarbeitende Produktionen wurden in großem Stil in Südostasien angesiedelt. Diese neue Art der "internationalen Arbeitsteilung" läßt sich "zu Hause" als ökologisch orientierte Umweltpolitik, im Ausland dagegen als großzügige Entwicklungshilfe verkaufen. Die mit hohen Direktinvestitionen beglückte Region Südostasien wird zudem ökonomisch durchdrungen und gerät in zahlreiche Abhängigkeiten. ASEAN als Japans Hinterhof? Peter Franke untersucht diese in Europa bisher wenig beachteten Entwicklungen.

Reinhard Alt und Ortwin Hesse befassen sich dagegen genauer mit den Folgen, die eine rücksichtslose Industrieansiedlung in Indonesien vor Ort hat. In einem Portrait der ostjavanischen Stadt Gresik wird von ersterem anschaulich geschildert, wie die Chemieindustrie das Leben dort in wenigen Jahren völlig verändert hat. Letzterer macht in seiner Analyse zahlreicher "Umweltberichte" aus der indonesischen Presse deutlich, daß Gresik kein Einzelfall, sondern nur ein Beispiel von vielen ist.

Aus der Sicht eines erfahrenen malaysischen Umweltaktivisten stellt Gurmit Singh die Schwierigkeiten der Entwicklung einer Umweltpolitik in seinem Land dar. Nicht nur ökologische Bedenkenlosigkeit von Industrie und Politikern, sondern auch bürokratische Borniertheit der Behörden stellt sich hier Umweltschützern als besonderes Problem. Dabei ist Malaysia vielleicht das Land Südostasiens mit den meisten Initiativen und Aktionsgruppen, die sich organisiert mit ökologischen Fragen auseinandersetzen. Mit einer Dokumentation von Selbstdarstellungen wollen wir einen ersten und sicher nicht vollständigen Überblick über diese Bewegung geben.

Daß auch die Nutzung von Wasserreserven enorme ökologische Probleme aufwerfen kann, wird gegenwärtig in Thailand besonders deutlich. Suparb Pas-ong beschreibt, wie das Erschließen von Grundwasser durch Pumpanlagen in und um Bangkok zu einem stetigen Absinken der Stadt führt. Wenn es nicht gelingt, diesen Prozeß zu stoppen, droht die Thai-Metropole in kaum einem Jahrzehnt buchstäblich im Meer unterzugehen.

Als "sanfte Energie" gilt eigentlich umgewandelte Wasserkraft, aber die dafür angelegten Staudämme

# Von ASEAN ZU J-ASEAN?

## Die ASEAN-Staaten – Japans Hinterhof für umweltbelastende Industrie

Stark umweltbelastende Industrien müßten in die Länder der Dritten Welt ausgelagert werden, so empfahl es vor zwölf Jahren ein Gutachten im Auftrag des japanischen Ministeriums für internationalen Handel und Industrie Japans Industrie. Heute ist dieser Auslagerungsprozeß weitgehend abgeschlossen. Die ASEAN-Staaten waren dabei bevorzugter Standort, daß heute häufig spöttisch von J(apan)ASEAN gesprochen wird.

Die erste Ölkrise in den 70er Jahren, steigende Inflation und fallende Wachstumsraten der japanischen Wirtschaft veranlaßten die japanische Regierung, Umstrukturierungsvorschläge für die weitere industrielle Entwicklung zu machen, die langfristig ein "stabiles Wachstum" sichern sollten. Erhöhung der Nachfrage durch Steigerung des individuellen Konsums (Massenkaufkraft) und öffentliche Investitionen, um ein Wachstum der privaten Wirtschaft weiterhin zu gewährleisten, war ein Vorschlag. Entwicklung von Hochtechnologie und Energieeinsparung im eigenen Land war ein weiterer.

Japan verfügt im eigenen Land über keine nennenswerten Energie- und Rohstoffquellen. Der Rohstoffbedarf der japanischen Industrie war zwischen den Jahren 1963-73 erheblich höher als der in anderen entwickelten Industrieländern. Der Verbrauch von Erdöl, Kupfer, Aluminium und Nickel stieg in der Zeit doppelt so schnell an wie das Wachstum des Bruttosozialprodukts. Erdöl war fast ausschließlich die Energiequelle der japanischen Schwerindustrie. Somit traf sie die Ölkrise besonders stark. Deshalb wurde 1974 der rohstoffverarbeitenden Schwerindustrie, der Petrochemie, der Papier- und Zellstoffindustrie empfohlen, sich dort niederzulassen, wo ausreichend billige Energie- und Roh-

stoffquellen vorhanden sind, nämlich in asiatischen und anderen Dritte-Welt-Ländern. Die hergestellten Zwischenprodukte sollten aber weiterhin von der in Japan ansässigen Industrie weiterverarbeitet werden. Die zunehmende Verschmutzung von Luft und Wasser und die daraus folgenden Pro-

Tabelle 1

Japanische Direktinvestitionen im Ausland (in Mio. US \$)			
1951-69	2 683	1977	2 806
1970	904	1978	4 598
1971	858	1979	4 693
1972	2 338	1980	4 693
1973	3 494	1981	8 931
1974	2 395	1982	7 703
1975	3 280	1983	8 145
1976	3 462	1984 <sup>1</sup>	10 646
			Summe
			71 431

1) bis ende März 1985

Quelle: Ministry of Trade and Industry, nach AMPO, Vol.16 No.1-2, 1984, S.30 und Ministry of Finance, nach FEER v. 13.6.1985 S.83; v.12.6.86 S.72

bleme für die mit 100 Mio. Menschen dicht besiedelten Inseln Japans ließen sich so auch billig verhindern bzw. lösen. Die Schwerindustrie hat in der Regel nicht nur den höchsten Energiebedarf, sondern trägt auch am stärksten zur Umweltverschmutzung bei. Viele Länder der Dritten Welt sind an der Entwicklung einer Schwerindustrie bzw. ihrer Rohstoffe verarbeitenden Industrie interessiert und begrüßen zu diesem Zweck auch Investitionen durch ausländisches Kapital. Sie schaffen somit ein ideales Investitionsklima für Umweltverschmutzende Industrieunternehmen.

Die offizielle Formulierung eines Umstrukturierungsprogramms für die japanische Industrie schreibt lediglich jenen Prozeß fest, der sich bereits seit Anfang der 70er Jahre abzeichnete und verspricht tatkräftige Unterstützung von der Regierung.

## Japans ausländische Direktinvestitionen

Japans Erfolge auf dem Weltmarkt gehen einher mit einer massiven Zunahme von Direktinvestitionen im Ausland.

Das bis Ende 1985 in der Empfehlung angestrebte Ziel, kumuliert US\$ 80 Mrd. im Ausland investiert zu haben, wird aller Voraussicht nach erreicht werden, vorausgesetzt das Investitionsvolumen von 1985 liegt nicht unter dem von 1984.

Schwerpunkte der Direktinvestitionen waren in den 70er Jahren Länder der Dritten Welt (rund 60% des Volumens) und darunter insbesondere solche in Asien (ca. 30%). Erst Anfang der 80er Jahre stiegen die Direktinvestitionen in die Industrieländer Europas und Nord-Amerikas überproportional. Ende 1982 verteilten sich die bis

Fortsetzung des EDITORIALS

bringen oft verheerende ökologische Auswirkungen mit sich.

Das Nam Choan-Dammprojekt am oberen River Kwai gehört zu dieser Kategorie. Wir dokumentieren die Auseinandersetzung von engagierten Naturschützern mit der thailändischen Energiebehörde darüber.

Gerne hätten wir auch etwas Genaueres über eine Diskussion ökologi-

scher Probleme bei der Industrialisierung in den "sozialistischen Ländern" Südostasiens berichtet. Doch leider haben wir weder entsprechendes Material, noch einen kompetenten Autor dafür finden bzw. gewinnen können. So haben wir uns mit der Übersetzung einer Analyse von Martin Stuart Fox über den Entwicklungsweg der Republik Laos behelfen müssen, eines Landes, das 1985 weitgehend unbemerkt den 10. Jahrestag seiner Revolution prunkvoll begangen hat. Daß auch der "sozialistische Weg" gerade im Bereich der Industriali-

sierung große Probleme hervorbringt, wird in Umrissen recht deutlich.

Relativ unabhängig vom Gesellschaftssystem stellen sich beim Thema "Ökologie und Industrialisierung" Fragen, die weltweit diskutiert werden müssen, will man Lösungen näherkommen. Selten ist uns der Zusammenhang zwischen den Problemen in den "Industrieländern" und in der "Dritten Welt" so klar geworden, wie bei der Arbeit an dieser Nummer.

Für die Redaktion: Frithjof Schmidt